

**RICHARD GERSTER** Dass die Schweiz mehr als nur Schokolade, Taschenmesser und Uhren anzubieten hat, ist unbestritten. Der Schutz der Schwächeren hat hier Tradition, diese steht aber oft im Konflikt mit der schweizerischen Aussenpolitik. «Swissness» macht den Weg frei für einen Austausch auf gleicher Augenhöhe, weg von der Belehrungs- und hin zur Lernkultur.

## Swissness statt Sonderfall

Kleinststaaten wie die Schweiz sind politisch und wirtschaftlich besonders gefordert: Wohl und Wehe ihrer Volkswirtschaft sind oft abhängig von wenigen Produkten; der Heimmarkt ist bescheiden und unattraktiv; die Kleinräumigkeit verursacht höhere Kosten bei öffentlichen Gütern wie zum Beispiel Erziehung und Gesundheit; Kleinststaaten sehen sich ungeschützt Druckversuchen anderer Länder ausgesetzt. Diese Eigenheiten erzeugen deshalb auch charakteristische Gegenstrategien der Kleinen: Handels- und finanzpolitische Offenheit ist überlebenswichtig; Rechtssicherheit und multilaterale Spielregeln schützen gegen Machtmissbrauch der Grossen; ein effizienter öffentlicher Sektor erlaubt, die ausgeprägte Verletzlichkeit gegenüber weltwirtschaftlichen Einbrüchen aktiv anzugehen und die höheren Produktionskosten von öffentlichen Gütern zu kompensieren. Allerdings gibt es die optimale Staatsgrösse wohl gar nicht.

Sind Kleinststaaten zum Erfolg verdammt? Nicht zufällig werden sie zu Labors für Innovationen. Gerne wird darauf verwiesen, dass die Schweiz – im Verhältnis zur Einwohnerzahl – im internationalen Vergleich am meisten Patentanmeldungen aufweist.<sup>1</sup> Die Schweiz hat auch «weiche» Errungenschaften jenseits von Bankdienstleistungen, Käse, Schokolade, Taschenmessern und Uhren anzubieten. So hat in der liberalen Tradition der Schweiz der Schutz der Schwächeren immer Platz gehabt. Fundamental sind die bürger(innen)nahe Demokratie, Minderheitenschutz und Konsensorientierung im politischen Prozess. Ausgeschlossen von diesen Errungenschaften bleibt allerdings die ausländische Wohnbevölkerung. Zu dieser «soft Swissness» kann man ganz unterschiedliche gesellschaftliche Problemlösungsverfahren zählen:

Richard Gerster (\*1946), Dr. oec. HSG, ist Berater und Publizist zu Nord-Süd-Fragen. Im Rahmen der Firma Gerster Consulting führt er Mandate für private Auftraggeber, Regierungen und multilaterale Organisationen durch. Zuvor war er Geschäftsführer von Alliance Sud. Er hat zahlreiche Publikationen zur Finanz- und Handelspolitik und zur Entwicklungszusammenarbeit verfasst. Zuletzt erschienen «Swissness made in India» (2008) und das mit Fotos und Info-Grafiken versehene Buch «Globalisierung und Gerechtigkeit» (2005). Er lebt in Richterswil und hat drei erwachsene Kinder.

- Im ausgeprägten Föderalismus findet die kulturelle Vielfalt der Schweiz ihren politischen Niederschlag. Er hat ein Ausgleichssystem zwischen reicheren und ärmeren Regionen ermöglicht, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichert und auf Chancengleichheit für alle hinwirkt.
- Das duale System der Berufsausbildung – Berufslehre, kombiniert mit Berufsfachschule – sichert Praxisnähe und damit Zugang zur Arbeitswelt. Das drückt sich in einer im internationalen Vergleich niedrigen Jugendarbeitslosigkeit aus. Über die Universitäts- und Fachhochschulen hinaus absolvieren viele nach der Lehre höhere Berufsbildungsgänge und Fachweiterbildungen.
- Der Umgang zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmenden ist von Dialog und Verhandlungen geprägt. Diese Sozialpartnerschaft bewirkt, dass alljährlich nur wenige Arbeitstage durch Streiks verloren gehen, obschon das Streikrecht ausdrücklich in der Bundesverfassung verankert ist.
- Trotz verschiedener Baustellen in der Altersvorsorge der Schweiz gilt das Drei-Säulen-System weit herum als wegweisend. Die staatliche Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV) wird ergänzt durch die obligatorische berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) und das private Sparen als dritte Säule.
- Die Schweiz hat Spielregeln zur Bewirtschaftung von Kollektivgütern entwickelt, die bei der Lösung globaler Umweltfragen wie der Klimaerwärmung hilfreich sein können. Das Beispiel der Allmende von Törbel im Wallis ist weltberühmt, seit die Norwegerin Elinor Ostrom 2009 den Wirtschafts-Nobelpreis erhalten hat für ihre Forschungen darüber, unter welchen institutionellen Voraussetzungen Ressourcen dauerhaft gemeinschaftlich genutzt werden.<sup>2</sup>

Erfahrungen wie jene von Machtteilung und Machtkontrolle können auch für andere Länder von Interesse sein. In Sachen Föderalismus und Finanzausgleich sind Parallelen zu wirtschaftlich schwachen Regionen auf globaler Ebene unübersehbar. Chancengleichheit ist auch in Lateinamerika, Afrika und Asien ein Nährboden für Frieden und Sicherheit. Dank dem Swissness-Erfahrungsschatz steht die Schweiz nicht mit leeren Händen da.

#### **AKTIVPOSTEN: QUALITÄT DER EZA**

Gibt es eine Swissness auch in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZA)? Auf jeden Fall besteht sie nicht darin, die Flagge zur Markierung guter Taten zu hissen. Swissness kommt vielmehr in



der Qualität der EZA zum Ausdruck, in der Art und Weise, wie die Schweiz Programme und Projekte der Partner unterstützt. Das gilt für manche Partnerländer der schweizerischen EZA wie zum Beispiel für Bolivien und Peru. Ich hatte Gelegenheit, in unzähligen Gesprächen mit indischen Partnern der Frage nachzugehen, ob es in der EZA tatsächlich eine Swissness gibt.<sup>3</sup> Drei Kernelemente sind dabei prägend:

- Die Auswahl der Schwerpunkte im Indienprogramm basierte meist auf schweizerischen Stärken («komparative Vorteile»). Die föderalistische Tradition in der Schweiz, die lebhaft und vielfältige schweizerische Zivilgesellschaft, die praxisnahe Berufsbildung, eine Vorliebe für Bergregionen, die zu Beginn starke Ausrichtung auf die Viehwirtschaft sowie das Engagement im Finanzwesen oder im Umweltbereich ergaben sich nicht zufällig. «Man kann geben, was man selber hat», sagt N. Reguraj von der Nettur Stiftung für Berufsbildung (NTTF) in Bangalore.
- Swissness heisst, den Partner ins Zentrum zu stellen, dessen personelle und institutionelle Kapazitäten zu fördern, ihm den Vortritt zu lassen und selbst auf dem Rücksitz Platz zu nehmen. Pieder Casura, verantwortlich für Indien beim HEKS, sagt: «Unser Programm wird zu 80 Prozent durch die Partner bestimmt.» Eine umfassende Studie zu Indiens Mikrofinanz beschreibt das Vermächtnis der Schweiz als «partnerschaftliches Engagement statt Top-down-Unterstützung».
- Die schweizerische Arbeitsweise hält Werte wie Präzision, Sorgfalt und Genauigkeit hoch. Der Weg zum Ziel, der Prozess, wird ebenso stark gewichtet wie die Produkte selber. «Was ihr uns am stärksten vermittelt habt, ist eure Arbeitskultur», zieht ein indischer Projektmitarbeiter Bilanz. Es machte Eindruck, dass sich auch Leute mit Technikums- oder Universitätsabschluss die Hände schmutzig gemacht haben.

Verpönt ist hingegen die Haltung: Wir bringen die Fachleute, ihr seid die Lehrlinge. Was zählt, ist, Erfahrungen gemeinsam zu machen. «Wir tappten völlig im Dunkeln, wie wir den enormen Energieverbrauch in der Kleinindustrie eindämmen könnten», sagt dazu der indische Generaldirektor des Büros für Energieeffizienz. «Unsere Schweizer Partner sagten, wir haben die Lösung auch nicht, aber wir sind bereit, mit euch zusammen nach neuen Möglichkeiten zu suchen. Das hören wir selten, denn leider liefern die meisten Geber schon Antworten, wenn die Probleme noch nicht einmal richtig verstanden werden.»

**Swissness heisst, den Partner ins Zentrum zu stellen, ihm den Vortritt zu lassen und selbst auf dem Rücksitz Platz zu nehmen.**

## WIDERSPRÜCHE IN DER ENTWICKLUNGSPOLITIK: SCHWACHPUNKT KOHÄRENZ

Allerdings sind die Schattenseiten der Swissness nicht weit. Denn der Erfolgsdruck auf den helvetischen Kleinstaat schlägt sich nicht in einer kohärenten Politik der Schweiz gegenüber Lateinamerika, Afrika und Asien nieder. Kohärenz kann nicht bedeuten, die Aussenpolitik auf kurzfristige wirtschaftliche Vorteile zu trimmen. Vielmehr sind die aussenpolitischen Zielsetzungen der Massstab einer kohärenten Aussen- und Entwicklungspolitik. In seiner Aussenpolitik für die 90er-Jahre hat der Bundesrat schon vor Jahren fünf grundlegende Ziele definiert: Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit; Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat; Förderung der Wohlfahrt; Abbau sozialer Gegensätze; Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Diese Vorgaben müssten die Wegmarken der Aussen- und Entwicklungspolitik sein – sie sind jedoch klammheimlich entsorgt worden und als umfassende Zielsetzungen im neuesten aussenpolitischen Bericht<sup>4</sup> nicht mehr zu finden. So erstaunt es nicht, dass die Schweiz sich weiterhin den Luxus einer doppelbödigen und widersprüchlichen Rolle gegenüber dem Ausland leistet. Viele, die international tätig sind, stossen wohl ständig darauf. «Die Schweiz ist doch das Land, wo unsere Reichen ihr Geld verstecken» – diese Aussage ist in verschiedenen Ländern immer wieder zu hören. Schwerwiegende Widersprüche zwischen den entwicklungspolitischen Zielen und der wirtschaftspolitischen Praxis sind an der Tagesordnung. Sie zeigen sich etwa in folgenden Bereichen:

- *Technologiepolitik*: Weltweit wird der Ausbau des Patentwesens gestärkt, obschon die Schweizer Wirtschaftsgeschichte bestens dokumentiert, dass jedes Land selber bestimmen sollte, ob, wann und wie Erfindungen – zum Beispiel Medikamente – gegen Nachahmungen geschützt werden sollen.
- *Landwirtschaftspolitik*: Anbau und Verarbeitung von Schweizer Zuckerrüben werden nach wie vor privilegiert und Zuckerimporte aus Entwicklungsländern behindert, obschon der Zuckeranbau in Europa wirtschaftlich und ökologisch unsinnig ist.
- *Handelspolitik*: Ghana ist für die Schweiz bei Weitem der grösste Lieferant von Kakaobohnen. Beim verarbeiteten Kakao jedoch glänzen Ghanas Lieferanten durch Abwesenheit. Unverarbeitete Kakaobohnen sind zollfrei. Schokolade aus Ghana hingegen muss eine Zollhürde von über 50 Franken pro 100 kg nehmen. So wird Ghanas verarbeitende Industrie behindert, während die EZA zu einem günstigen Umfeld für Arbeit und Verdienst beitragen will.

- *Rechtshilfe*: Einerseits fördert die Schweiz mit verschiedenen Instrumenten der EZA die Bekämpfung der Korruption und eine gute Regierungsführung in den Partnerländern ganz allgemein. Wenn Potentaten ihr Volk bestehlen, wie zum Beispiel Duvalier in Haiti oder Ben Ali in Tunesien, und die Gelder auf dem hiesigen Finanzplatz deponieren, ergreift die Schweiz mittlerweile Massnahmen zur Rückführung. Hingegen können die Entwicklungsländer nicht auf die Rechtshilfe zählen, die die Schweiz der USA im Kampf gegen die illegale Kapitalflucht gewährt.
- *Steuerpolitik*: Gemäss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) leiden «die Entwicklungsländer aufgrund von Steuerflucht und -vermeidung noch immer unter enormen Mindereinnahmen»<sup>5</sup>. Deutschland hat 2008 eine Initiative zur Bekämpfung der Steuerflucht aus Entwicklungsländern («International Tax Compact») vorgestellt. Nachholbedarf besteht insbesondere bei den internen Verrechnungspreisen («Transfer-Pricing») international tätiger Firmen, die so Gewinne in Niedrigsteuerländer umleiten. Eine Studie zum Getränkekonzern SABMiller hat kürzlich dokumentiert, wie Gewinne aus Ghana ins Steuerparadies Zug verschoben werden.<sup>6</sup>

Der Anspruch an eine kohärente Entwicklungspolitik der Schweiz wurde 1994 mit dem Nord-Süd-Leitbild von Bundesrat und Parlament offiziell lanciert. Die damalige Pionierrolle der Schweiz wurde in der Folge jedoch leichtfertig verspielt. In der Europäischen Union ist Politik-Kohärenz für Entwicklung ein ausdrückliches Erfordernis im Ende 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon. Während andere Länder sich um eine systematische Entwicklungspolitik bemühten, blieb die Umsetzung des Schweizer Leitbildes im Stellungskrieg von Partikularinteressen auf der Strecke. Das ist nicht einfach eine persönliche Einschätzung, sondern sowohl von amtlicher als auch unabhängiger Seite verbrieft:

- In ihrer Untersuchung<sup>7</sup> zur schweizerischen Entwicklungspolitik stellte das Entwicklungskomitee (DAC) der OECD 2009 grobe Schwächen fest: Die Vision des Leitbildes sei sehr ungleich umgesetzt worden, das Kohärenz-Konzept werde nicht überall in der Verwaltung verstanden, und der Wille zur Berücksichtigung von Entwicklungsanliegen sei eine Herausforderung beim Entwurf neuer Gesetze. Gleichzeitig diagnostiziert der Bericht das Fehlen griffiger und verbindlicher Umsetzungsmechanismen.
- Das unabhängige Zentrum für globale Entwicklung (CGD) erstellt alljährlich eine Rangliste, wie 22 Industrieländer ihre Aufgabe wahrneh-

men (Commitment to Development Index, CDI), in den ärmeren Teilen der Welt zu Wohlstand, guter Regierungsführung und Sicherheit beizutragen. Die Entwicklungskohärenz der internationalen Hilfe, von Handels- und Investitionsbeziehungen, der Migrations-, Umwelt-, Sicherheits- und Technologiepolitik werden analysiert. Die Schweiz liegt abgeschlagen auf Rang 20 von 22 reichen Ländern, vor Japan und Südkorea.

#### DER GLOBUS ALS LERNFELD

«Sie sind aus der Schweiz? Die Schweiz ist das Vorbild von Singapur, so möchten wir auch werden!» Die spontane Äusserung des Taxifahrers, der mich ins Zentrum der Stadt fährt, ist natürlich Musik in den Ohren jeden Helvetiers. Sie gab keineswegs nur dessen persönliche Meinung wieder. Denn bereits 1984 hatte Singapurs politische Führung bei ihren «Visionen 1999» die Schweiz als Massstab genommen. Ganz konkret sollte bis 1999 mit dem Wohlstand der Schweiz von 1984 (US-\$ 31 550) gleichgezogen werden. Infolge der Asienkrise von 1998 hat Singapur das ehrgeizige Ziel erst mit etwas Verspätung erreicht.

Dieses Erlebnis in Singapur steht für die ausgeprägten Lernkulturen in vielen Ländern Ostasiens. Ist man abends in Hanoi unterwegs, fallen sofort die zahllosen Jugendlichen auf, die im Lichte der Strassenlampen Bücher lesen. In Indien melden sich für das Eintrittsexamen am «Indian Institute of Management» rund 220 000 Prüflinge an, um einen der 2200 Studienplätze zu ergattern.<sup>8</sup> Singapur untersucht immer wieder, wie andere Länder Probleme lösen. In der Verkehrsleitzentrale des zentralen Geschäftsdistrikts ist man bestens im Bild darüber, wie die Region Zürich ihre Verkehrsprobleme angeht. «Diesen Mix von zwei Dritteln öffentlichem Verkehr und einem Drittel Privatverkehr streben wir auch an», sagt man mir anlässlich eines Besuchs.

**Der Sonderfall leistet dem Missverständnis Vorschub, die Schweiz hätte die Welt nicht nötig, wohl aber umgekehrt.**

Diese weltoffenen Lernkulturen stehen in Gegensatz zum immer noch verbreiteten Sonderfall-Denken in der Schweiz. Auf dem Boden der schweizerischen Geografie und Geschichte ist das Selbstverständnis als Sonderfall gewachsen. Die kulturellen Leistungen der Schweiz, gerade im Sinne der oben skizzierten Swisness, sind wichtige Errungenschaften. Doch jedes Individuum, jedes Land ist auf seine Art einmalig, hat seine Eigenheiten und seine Identität, ohne aber deswegen ein Sonderfall zu sein. Wenn die Welt aus lauter Sonderfällen besteht, ist sie keine Insel, und es gibt keinen Gegensatz zwischen der Schweiz

und dem Rest der Welt. Im Schweizer Sonderfall-Verständnis wird jedoch der hohe Wohlstand ausschliesslich zu unserem ureigenen Verdienst, der langjährige Friede mutiert zur alleinigen Folge unserer Wehrhaftigkeit. Meine Geburt in der Schweiz statt im Dharavi-Slum von Mumbai war jedoch pures Glück jenseits persönlicher Verdienste. Auch zweifelhafte Trampelpfade – Trittbrett fahren während der Kolonialzeit, Rosinen picken in der Fiskalpolitik – haben in der Sonderfall-Version der Schweizer Geschichte nichts zu suchen. Die Idee des Sonderfalls verdrängt die Neugierde, worauf unser Wohlstand wirklich gründet. Eine Analyse von Tugenden und Ärgernissen beim Durchwursteln der Politik hat keinen Platz. Der Sonderfall leistet dem Missverständnis Vorschub, die Schweiz hätte die Welt nicht nötig, wohl aber umgekehrt. Anstelle einer Standortbestimmung und Zukunftsdebatte zur Rolle der Schweiz in der Welt dominieren Bewahrungs- und Abwehrreflexe den öffentlichen Diskurs. Auf diesem Nährboden entsteht eine Belehrungskultur, statt einem Austausch auf gleicher Augenhöhe den Weg zu ebnen. Denn umgekehrt könnten beispielsweise Singapurs während rund 40 Jahren gesammelten Erfahrungen in der Bewirtschaftung des Privatverkehrs mit Gebühren für die Strassenbenützung («Road Pricing») für die Schweiz durchaus von Interesse sein. Was das Lernen von den Erfahrungen anderer betrifft, stehen wir uns selber im Wege. Globalisierung heisst aber nicht nur, andere Märkte erschliessen, sondern auch den Globus als Lernfeld zu nutzen.

#### Literatur

- Bundesrat (2009), Aussenpolitischer Bericht 2009, Bern, 2. September 2009, [www.eda.admin.ch](http://www.eda.admin.ch)
- Bundesrat (1993): Aussenpolitik der Schweiz in den 90er-Jahren, Bern, 29. November 1993.
- Erklärung von Bern (2008): Ein Elefant im Wohnzimmer. Dokumentation 04/2008. [www.evb.ch](http://www.evb.ch)
- Gerster, Richard: Swissness made in India. Wirtschaftliche Entwicklung und die Zusammenarbeit Schweiz – Indien. Orell Füssli, Zürich 2008.
- Gerster, Richard: Globalisierung und Gerechtigkeit. hep-Verlag, Bern 2005.
- Gerster, Richard: Entwicklungsland Schweiz. Wie die Schweiz reich wurde, Manuskript 2011.
- Kreis, Georg: Schweizer Erinnerungsorte. Aus dem Speicher der Swissness. Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2010.
- OECD (2009A), Switzerland. Development Assistance Committee Peer Review. Paris 2009. [www.oecd.org](http://www.oecd.org)
- OECD (2009B), Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2009. Paris 2009.
- Widmer, Paul: Die Schweiz als Sonderfall. Macht der Sonderfall Schweiz im Zeitalter der Globalisierung noch Sinn? Vortrag im liberalen Institut, Zürich, 15. Februar 2008. [www.libinst.ch](http://www.libinst.ch)

#### DEISEN STATT DIVISIONEN

In schwierigen Zeiten ist ein Kleinstaat wie die Schweiz auf Freunde angewiesen. Die Wahrnehmung der Schweiz als «reiches und selbststüchtiges, kleines Land»<sup>9</sup> – so der verstorbene Nobelpreisträger Gunnar Myrdal – ist nicht hilfreich für einen Brückenschlag. Freunde gewinnt man auch in der Aussenpolitik, indem man sich als zuverlässiger Partner profiliert. «Kleinliche Sonderlinge mag niemand. Sie gewinnen keinen Respekt», sagt Paul Widmer in seinem nicht unkritischen Plädoyer für den Sonderfall und fordert die Verbindung von Eigenständigkeit und Grosszügigkeit.<sup>10</sup> Die schweizerische Aussenpolitik mag zwar auf die Wahrung schweizerischer Interessen ausgerichtet sein. Doch das genügt nicht. Denn sie muss sich auch für die anderen Staaten aus deren eigener Sicht als nützlich erweisen, sonst wird sie nicht respektiert. Kaiser Wilhelm der Zweite soll gesagt haben, die schweizerische Neutralität gestatte es ihm, gegen Frankreich mehrere Divisionen an der Südfront einzu-

sparen. Das Gleiche galt natürlich für Frankreich. So lag der Nutzen der Neutralität auf der Hand für alle Beteiligten, nicht nur für die Schweiz.

Seit damals waren die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verhältnisse jedoch einem grundlegenden Wandel unterworfen. In dieser umgepflügten Landschaft muss die schweizerische Aussenpolitik Zeichen setzen für die Existenzberechtigung eines reichen Kleinstaa-tes in einer zerrissenen Welt. Heute zählen nicht mehr die Divisionen, sondern Dialog und Devisen. Mit anderen Worten: Eine aktive Aussenpolitik muss auch etwas kosten dürfen. Die statistische Erhöhung des EZA-Budgets in den letzten Jahren hat ganz wesentlich kosmetische Gründe. Zur Aufblähung des Hilfe-Volumens werden die Versorgung von Asylbewerbern in der Schweiz und der Verzicht auf Schuldentrückzahlungen, beispielsweise aus dem Irak, als EZA gemeldet. Obschon diese Posten nicht viel mit Armutsbekämpfung zu tun haben, machen sie bereits fast 22 Prozent (2009) respektive 17 Prozent (2008) des ausgewiesenen EZA-Volumens aus.

Über 200 000 Personen haben 2008 eine Petition der Hilfswerke für eine massive Steigerung der EZA unterzeichnet. In diesem Sinn hat sich auch der OECD-Bericht von 2009 zur EZA geäußert.<sup>11</sup> Dabei geht es nicht nur um Solidarität, sondern wohlverstanden ebenso sehr um Eigeninteressen. Das legt die Tatsache nahe, dass gerade vergleichbare kleine und mittelgrosse europäische Staaten traditionell die EZA hoch dotieren (Niederlande, Skandinavien) oder den Ausbau der EZA in den letzten Jahren vorangetrieben haben (Luxemburg, Liechtenstein). Um dem schweizerischen Nachholbedarf Rechnung zu tragen, hat das Parlament beim Bundesrat auf einer Zusatzvorlage bestanden. Gerade die Nord-Süd-Beziehungen sind eine Chance ersten Ranges für die Schweiz, ein Profilierungsfeld unabhängig von der schwierigen Frage der europäischen Integration, um sich auf der Weltbühne nützlich zu machen.

Die Umsetzung des Nord-Süd-Leitbildes wurde verpasst, die offiziellen Stimmen, die auf eine kohärente Entwicklungspolitik pochen, sind schwach geworden. Dieser Kohärenzverlust fällt in die Zeit, in der sich die Schweiz im Rahmen der Millennium-Entwicklungsziele zu einer partnerschaftlichen Entwicklungspolitik verpflichtet hat. Sie hat ja dazu gesagt, eine weltweite Partnerschaft im Dienste von Entwicklung einzugehen: unter anderem ein nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem aufzubauen, zur Nutzung entwicklungspolitischer Chancen der Migration beizutragen und die EZA zu verstärken. Quo vadis, Helvetia?

**Die Nord-Süd-Beziehungen sind eine Chance ersten Ranges für die Schweiz, ein Profilierungsfeld, um sich auf der Weltbühne nützlich zu machen.**

#### Anmerkungen

- 1 Z. B. Beobachter 15/2010, S. 29
- 2 Ostrom, Elinor: Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt. Tübingen 1999.
- 3 Siehe Gerster (2008).
- 4 Bundesrat (2009)
- 5 OECD 2009B, S. 33. Die entgangenen Steuereinnahmen der Entwicklungsländer durch Steueroasen werden von Nichtregierungsorganisationen auf über US-\$ 200 Milliarden pro Jahr veranschlagt.
- 6 ActionAid, Calling Time. Why SABMiller should Stop Dodging Taxes in Africa, London 2010. [www.actionaid.org.uk](http://www.actionaid.org.uk)
- 7 OECD 2009A, S. 13, 35–43
- 8 Siehe Financial Times, 7. Juni 2010
- 9 Intereconomics März/ April 1981, S. 86
- 10 Widmer 2008, S. 5
- 11 OECD 2009A, S. 45